

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Verteidigungsausschusses (11. Ausschuss)**

**zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten
– Drucksache 15/2600 –**

Jahresbericht 2003 (45. Bericht)

A. Problem

Der Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag jährlich aufgrund des § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu berichten.

B. Lösung

Einstimmige Kenntnisnahme des Berichts

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen;
2. der Deutsche Bundestag dankt dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr;
3. die Bundesregierung wird gebeten, bis zum 1. März 2005 dem Verteidigungsausschuss über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.

Berlin, den 1. Dezember 2004

Der Verteidigungsausschuss

Reinhold Robbe
Vorsitzender

Ulrike Merten
Berichterstatterin

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ulrike Merten und Anita Schäfer (Saalstadt)

I. Zum Beratungsverfahren

Der Wehrbeauftragte hat den von ihm nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu erstellenden Jahresbericht für das Jahr 2003 am 9. März 2004 vorgelegt.

In der 108. Bundestagssitzung am 6. Mai 2004 wurde dieser Bericht an den Verteidigungsausschuss gemäß § 114 GO-BT überwiesen.

Der Verteidigungsausschuss hat den Jahresbericht in seiner 49. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zugestimmt.

II. Aus den Beratungen im Ausschuss

Seitens der Berichterstatterin der **Fraktion der SPD** wurde zunächst der Dank an den Wehrbeauftragten und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Erstellung dieses Jahresberichtes ausgesprochen. Angesichts der aktuellen Diskussion über die Vorfälle in Coesfeld und anderen Standorten stellte sie fest, dass es auch im vorliegenden Jahresbericht bereits Hinweise zu Verletzungen bei der Führungsverantwortung durch Vorgesetzte in der Bundeswehr gebe. Sie würde es begrüßen, wenn die aktuellen Vorfälle dazu führen würden, dass insbesondere die Themen „Innere Führung“ und das „innere Gefüge der Bundeswehr“ im nächsten Jahresbericht besonders thematisiert würden. Die Mehrzahl der Eingaben an den Wehrbeauftragten betrafen jedoch Personal- und Besoldungsfragen; auch der Transformationsprozess, die Stationierungsfragen sowie die Auslandseinsätze und die damit verbundene Problematik, Beruf und Familie in Einklang zu bringen, hätten im Vordergrund gestanden.

Die Berichterstatterin der **Fraktion der CDU/CSU** wies daraufhin, dass viele Probleme des Jahres 2002 auch im Jahresbericht 2003 zum Ausdruck gekommen seien. Tief greifende Reformen und knappere Ressourcen sowie ständig neue Aufträge und Einsätze hätten zu Unklarheit und Orientie-

rungslosigkeit geführt. Trotz des Umbaus der Bundeswehr und der damit verbundenen Probleme sei die Truppe aber in den Auslandseinsätzen immer noch erfolgreich.

Im Frühjahr 2004 sei die tief greifende Umstellung der Grundausbildung auf Einsatzvorbereitung durch den Bundesminister der Verteidigung einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht worden. Die Umsetzung in konkrete Anweisungen an die Truppe erfolgte aber erst zum Oktober 2004. Dadurch gab es offensichtlich, und dies zeigten die aktuellen Vorfälle, diesbezüglich Missverständnisse und falsche Vorstellungen. Die regelmäßige Dienstaufsicht durch die Vorgesetzten sei, unter anderem strukturbedingt, zu kurz gekommen.

Zu begrüßen sei, dass die bisherige unzureichende Einsatzversorgung, die Gegenstand vieler Eingaben gewesen sei, entscheidend habe verbessert werden können. So wie es bei der Einsatzversorgung geschehen sei, müsse auch die Innere Führung für die Herausforderungen der Auslandseinsätze weiterentwickelt werden.

Durch die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wurde betont, dass, obwohl der Jahresbericht in erster Linie ein Mängelbericht sei, dieser auch von Respekt und Anerkennung der Soldaten in den Einsatzgebieten spreche. Berechtigte Klagen gebe es allerdings bezüglich der Infrastruktur im Westen Deutschlands, ferner seien Ausbildungsmängel auf Grund von Zeitproblemen und nicht ausreichendem Material in den Verbänden aufgezeigt worden. Auch die politische Bildung komme zum Teil zu kurz. Nach wie vor sei aber das „Frühwarnsystem“ Wehrbeauftragter wichtig. Abschließend wolle er betonen, dass er eine Gefährdung der Inneren Führung durch Auslandseinsätze nicht sehe.

Seitens der **Fraktion der FDP** wurden zunächst die positiven Dinge begrüßt, die in der Bundeswehr überwiegen würden. Nach wie vor herrsche der richtige Geist; die aktuellen Vorfälle seien Ausnahmen. Gleichwohl machten viele Eingaben fehlende Motivation und Unsicherheit der Soldaten deutlich, die insbesondere mit Blick auf die Standortreduzierungen und -auflösungen im Zusammenhang stünden.

Berlin, den 8. Dezember 2004

Ulrike Merten
Berichterstatterin

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatterin

